

## Antrag

der Abgeordneten **Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak, Markus Rinderspacher SPD**

### **Stelleneinzug bei den Beihilfestellen des Landesamts für Finanzen stoppen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den vorgesehenen Stelleneinzug von weiteren 209 Stellen beim Landesamt für Finanzen (Beihilfestelle) nach Art. 6b Haushaltsgesetz auszusetzen und für eine ausreichende Personalausstattung zu sorgen.

#### **Begründung:**

Bei den Beihilfestellen des Landesamts für Finanzen werden pro Jahr rund 1,5 Mio. Beihilfeanträge bearbeitet. Hierbei sind die 425 Mitarbeiter sehr stark belastet, sodass es in der Vergangenheit zu überlangen Wartezeiten von mehreren Wochen bei der Bearbeitung der Beihilfeanträge gekommen ist. Zeitweilig hätte es einen Antragsstau von fast 11.000 Anträgen gegeben, sodass zum Abbau des Antragsstaus Aushilfskräfte eingestellt werden mussten.

Die Bearbeitung von Beihilfeanträgen erfordert durch die Realisierung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) und des Arzneimittelrabattgesetzes einen ganz erheblichen Bearbeitungsmehraufwand.

Die Beamten erhalten aufgrund der langen Bearbeitungszeit Mahnungen von ihren Rechnungsstellern (Ärzten und Kliniken). Andererseits ist es den Antragstellern nicht zuzumuten, dass sie zum Teil mehrere tausend Euro vorstrecken müssen.